



Frank May (Archiv)

Wehrpflichtige gibt es bei der Bundeswehr nicht mehr – die deutsche Armee hat heute Probleme, ihre Stellen zu besetzen.

# Pflichtjahr für alle Schulabgänger?

Celler Abgeordneter Otte: Comeback der Wehrpflicht hilft bei aktuellen Herausforderungen nicht weiter

VON ANDREAS HOENIG

**BERLIN.** „Wir. Dienen. Deutschland“. Das ist der Slogan der Bundeswehr – seit 2011 eine Armee ohne Wehrpflichtige. Das hat vor allem der konservative Flügel der CDU nie überwunden, galt die Wehrpflicht doch als einer der „Markenkerne“ der Partei. Erneut gibt es nun Vorstöße für ein Comeback der Wehrpflicht. Doch die Bundeswehr hat sich grundlegend geändert, eine Rückkehr zum Wehrdienst scheint nur schwer vorstellbar.

CDU-Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer will nun lieber über eine „allgemeine Dienstpflicht“ reden: „Es gibt viele Möglichkeiten einen Dienst zu gestalten.“ In einer „Zuhörtour“ hatte sie in den vergangenen Wochen die Basis abgeklappert. Ein Ergebnis: Viele Mitglieder wollten über eine „allgemeine Dienstpflicht“ diskutieren, weil das den Zusammenhalt in der Gesellschaft stärke.

Am Wochenende nahm die Debatte über eine „allgemeine Dienstpflicht“ bereits Fahrt auf. „Es ist ein wichtiger Wert und Ausdruck pflichtbewusster Staatsbürgerlichkeit, seinem Land zu dienen“, sagte der jüngste CDU-Bundestagsabgeordnete Philipp Amthor (25). Die Junge Union (JU) forderte ein „verpflichtendes Gesellschaftsjahr“ für

alle Schulabgänger. Diese sollten dann selbst entscheiden, ob sie dieses in der Bundeswehr oder in einer sozialen Einrichtung absolvieren wollen. „Wir leben in einem wunderbaren, einem wohlhabenden Land“, sagte JU-Chef Paul Ziemiak: „Ein Gesellschaftsjahr gibt die Möglichkeit, etwas zurückzugeben und gleichzeitig den Zusammenhalt im Land zu stärken.“

CDU-Vize Thomas Strobl plädierte für einen zwölfmonatigen Dienst jun-

**V**iele haben es schon vor sieben Jahren kritisiert, jetzt räumt es sogar eine der engsten Vertrauten Angela Merkels ein: Die Aussetzung der Wehrpflicht war ein schwerer Fehler, der die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr beeinträchtigt hat, ihre Verankerung in der Gesellschaft und das Gemeinschaftsgefühl der Deutschen bedroht. Ausgerechnet die noch frische CDU-Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer hat die Rolle rückwärts eingeläutet. Und das ist auch gut so!

Denn das internationale Umfeld der Bundesrepublik hat sich dramatisch verändert, seit der damalige CSU-Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg mit leichter Hand und Zustimmung der Kanzlerin die Wehrpflicht aussetzte. Mittlerweile muss man nur auf die Kapriolen der Präsidenten von Amerika und Russland blicken, oder auch nach Syrien, Iran, Afghanistan und Nordkorea, dann erweist

sich, dass unsere Welt zumindest „Das könnte für viele junge Frauen und Männer unheimlich gewinnbringend sein – ein Abenteuer, eine Schule des Lebens“. Und für die Gesellschaft könne ein solches Engagement „ein riesiger Gewinn“ sein.

Kramp-Karrenbauer hatte im Zuge der geplanten Erneuerung der Partei nach dem schwachen Abschneiden bei der Wahl den konservativen Flügel ausdrücklich zur Mitarbeit am neuen

## MEINUNG

### Es gibt genug zu tun

VON GERHARD MUMME

sich, dass unsere Welt zumindest so unsicher ist wie eh und je. Und den sonst so pazifistisch gesinnten Deutschen ist wie ihrer Kanzlerin klar geworden, dass sie sich nicht mehr wie früher „auf andere verlassen können“: Die Friedensdividende ist aufgezehrt, die Wiedereinführung der Wehrpflicht hat plötzlich eine Mehrheit in der Bevölkerung.

Es ist nicht verwunderlich, dass Kramp-Karrenbauer die Gelegenheit nutzen will, gleich eine allgemeine Dienstpflicht einzuführen. Sonst drohen Gerechtigkeitslücken. Der Streit der Parteien wird absehbar vor allem um die Wehrpflicht gehen; tatsächlich aber könnte hier ein Heer von Sozial Helfern geschaffen werden, das in der Geschichte der Bundesrepublik beispiellos ist. Es gibt genug zu tun, in der Pflege, in der Jugendhilfe, in der Natur zum Beispiel. So könnten wir es anpacken, der Gemeinschaft zuliebe.

Grundsatzprogramm eingeladen. Dieser treibt nun die Debatte über eine allgemeine Dienstpflicht voran. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Oswin Veith etwa sagte, die Wahlmöglichkeiten sollten von der Bundeswehr über das Technische Hilfswerk bis zu Diensten in der Pflege gelten und ordentlich besodet werden.

Veith ist auch Präsident des Reservistenverbands, der Oberst der Reserve hat seinen Grundwehrdienst 1980 bis

1981 geleistet. Seit 2011 ist die Bundeswehr eine Freiwilligenarmee, als Ersatz für den zusammen mit der Wehrpflicht weggefallenen Zivildienst wurde der Bundesfreiwilligendienst geschaffen.

Zu einem Comeback der Wehrpflicht äußerten sich Verteidigungsexperten skeptisch. Diese helfe „bei den aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen nicht weiter“, sagte der verteidigungspolitische Sprecher der Unionsfraktion, der Celler Abgeordnete Henning Otte. Der Wehrbeauftragte des Bundestags, Hans-Peter Bartels, sagte zu einer „allgemeinen Dienstpflicht“, das sei zwar eine „sympathische Idee“. Sie stoße aber verfassungsrechtlich an eine Grenze. „Es gilt das Verbot der Zwangsarbeit.“

„Wenn es keine äußere Bedrohung der Sicherheit gibt, ist die Verstaatlichung eines Jahres Lebenszeit nicht zu rechtfertigen“, sagte der FDP-Vorsitzende Christian Lindner. Auch ökonomisch mache es keinen Sinn, „junge Menschen ein Jahr von Ausbildung und Beruf fernzuhalten, um sie als ungelernete Hilfskräfte einzusetzen“. SPD-Vize Ralf Stegner erinnerte daran, dass sich viele junge Leute schon jetzt für das Gemeinwohl einsetzen: „Wir sollten keinen Zwangsdienst einführen, sondern ihr freiwilliges Engagement stärker fördern.“